

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 pbbn d



## Inhalt

Hermann Langbein weist auf die geistige Verwandtschaft zwischen Kohl und Waldheim hin: Mehr als eine „Private Zusammenkunft“.  
Seite 1

Dr. William Borm nimmt Stellung zu den staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen ihn aufgrund seines Aufrufs zur Anti-Atomraketen-Blockade in Hasselbach: Der Friede ist wichtiger als Zimmermann.  
Seite 2

Gustav Starzmann MdL fragt nach der Substanz von Straußens „Jahrhundertvertrag“: Was tut Strauß wirklich für die Bauern?  
Seite 3

42. Jahrgang / 154

17. August 1987

### Mehr als eine „Private Zusammenkunft“

Geistesverwandtschaft zwischen Kohl und Waldheim

Von Hermann Langbein  
Sekretär des Internationalen Komitees der Lager-Überlebenden

Bundeskanzler Kohl hat den österreichischen Bundespräsidenten Waldheim im Salzkammergut besucht. Normalerweise wäre eine solche „Private Zusammenkunft“ - wie es ausdrücklich hieß - kaum von Interesse.

In diesem Fall ist es aber anders. Denn Kohl ist derjenige, der am 8. Mai 1985 mit großem Nachdruck die Szene arrangiert hat, die in Bitburg mit einem fotogenen Händedruck mit Reagan demonstrieren wollte: Der von Hitler begonnene Krieg, der dem massenmörderischen System des Nationalsozialismus die Vorherrschaft in Europa bringen sollte, wäre nichts anderes gewesen als andere Kriege vorher. Dieses Kapitel sei nun abgeschlossen.

Bekanntlich haben die Folgen von Bitburg gezeigt, daß diese Spekulation gescheitert ist.

Auch Waldheim hat sich bemüht, Hitlers Krieg als etwas darzustellen, in dem man - wurde man eingezogen - eben seine „soldatische Pflicht“ zu erfüllen hatte, auf die man sich auch nachträglich ohne Erwähnung, mit welchen Zielen dieser Krieg geführt wurde, berufen konnte - wie es Waldheim in seinem Wahlkampf immer wieder nachdrücklich tat. Bekanntlich hat Kohl Waldheim in diesem Kampf um das Amt des Bundespräsidenten unterstützt.

Nun trafen sich beide in einem sommerlichen Gespräch. Es darf angenommen werden, daß Kohl die Einladung Waldheims angenommen hat, um diesem aus seiner internationalen Isolation herauszuheffen. Ob er damit aber nicht bewirkt hat, daß man sich wieder deutlicher an Bitburg und an eine recht ähnliche Einstellung der beiden Politiker zu dem schlimmsten Verbrechen der letzten Zeit erinnert? (-/17.8.1987/st/ks)

\* \* \*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwilliger Umgang  
mit dem besten ökologischen  
Recycling-Papier



**Der Friede ist wichtiger als Zimmermann**

**Blockade-Aufruf gegen Atomraketen im Dienste unseres Volkes**

Von Dr. Jur. h.c. William Borm

Wer in unserem Land die Aufstellung von Mordgeräten begünstigt, wird gefeiert, wer zum Frieden aufruft, wird verfolgt.

Zimmermann läßt gegen mich staatsanwaltlich ermitteln, weil ich mein Recht wahrnehme, gegen die Aufstellung von Atomraketen und anderen Mordgeräten auf deutschen Boden zu protestieren. Er handelt damit gegen seinen Amtssid, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Zimmermann und der unbedeutende Wärener gehen Kohl bereitwillig zur Hand.

Es gibt nur einen einzigen sicheren Weg, die Welt vor dem Untergang zu bewahren: Vernichtung aller Mordgeräte. Dies hat die Sowjetunion unvermutet vorgeschlagen und damit Interassenten am Krieg in arge Verlegenheit gebracht. Wir leben in einer Demokratie und da ist es unsere Pflicht - wenn sie versagt - die Regierung zur Ordnung zu rufen.

Wer 92 Jahre alt ist, die Fahnenflucht Kaiser Wilhelms miterlebt hat und die Gewaltherrschaft unter Hitler, wird aus Erfahrung mißtrauisch. Die sogenannten Deutschnationalen wittern wieder Morgenluft. Kohl handelt im Interesse der Amerikaner - vielleicht merkt er es in seiner Verbohrtheit gar nicht so recht. Ob er es merkt oder nicht, der Erfolg ist der gleiche. im Falle eines Krieges wird unser Volk in seinen beiden Teifen vernichtet. Hiergegen hat es das Recht, sich zu wehren. Nach der Erfahrung meines langen Lebens werde ich nicht nachlassen, gegen die Mordgeräte zu protestieren. Da mag Herr Zimmermann mir seine Staatsanwälte auf den Hals schicken oder nicht.

(-/17.8.1987/st/ks)

\* \* \*

Was tut Strauß wirklich für die Bauern?

Großen Worten folgen keine Taten

Von Gustav Starzmann MdL  
Agrarpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Der Koalitionstreit um die Ausgleichszulage zeigt die Unfähigkeit des wohltönenden bayerischen Ministerpräsidenten, sich im Interesse der Bauern bei seinen Koalitionsfreunden in Bonn durchzusetzen. Strauß schafft jetzt nicht einmal 1,5 Millionen, wie will er dann 6,2 Milliarden herbeischaffen? Dabei ist nicht einmal sicher, ob es Strauß wirklich um die Bauern geht. Allzu oft schon hat der Ministerpräsident sich in Bonn auf Schelengefichte eingelassen, um sich und seiner Partei Profil zu verschaffen. Seine Minister von der CSU haben dann in Bonn das Gegenteil gemacht - nach dem Motto: In München tönen und in Bonn schwelgen. Sollten die Antrengungen von Strauß tatsächlich einen ernsthaften Hintergrund haben, dann hat er die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion.

Der Vorgang: Die Europäische Gemeinschaft „erlaubt“ eine Erhöhung der Ausgleichszulage im Bereich der Bundesrepublik Deutschland unter den Voraussetzungen, daß sie ländereinheitlich erfolgen, daß es Bundeszuschüsse gibt und daß der Bundeszuschuß aus Ländermitteln ergänzt wird. Bei der Prämienhöhung für Mutterkuhhaltung geht es dabei im ganze 1,5 Millionen Mark Bundesmittel für Haupterwerbslandwirte - doch Strauß bleibt ohne Erfolg.

Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle (CSU) hatte vom Haushaltsausschuß des Bundestages den Auftrag bekommen, die EG-Beschlüsse in nationale Regelungen umzusetzen. Kiechle antwortete darauf in Abstimmung mit Bundesfinanzminister Stoltenberg, es bestehe keine Möglichkeit, diese Mittel bereitzustellen. Ein entsprechendes Geldleistungsgesetz werde „von der Bundesregierung zur Zeit aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt“. Darauf hat sich Strauß bei Kohl dafür eingesetzt, daß diese Mittel entsprechend erhöht werden, da Stoltenberg „offenkundig“ nicht dazu bereit sei - bislang ohne Erfolg.

Strauß schafft also nicht einmal 1,5 Millionen - und sein Parteifreund Kiechle betreibt in Bonn entsprechenden Widerstand. Wie will der Ministerpräsident dann 6,2 Milliarden für den Jahrhundertvertrag locker machen?



Appropos Jahrhundertvertrag: Der erweist sich als rechtes Windel, wie man bei genauer Prüfung feststellt. Denn die Mittel, die hier aufgelistet sind, sind entweder ohnehin schon vorhanden oder sie sind keineswegs gesichert. An bayerischem Anteil bleiben ganze 100 Millionen Mark übrig - eine Summe, die die SPD-Landtagsfraktion bereits in diesem Jahr bereitstellen wollte (und zwar unter einkommenspolitischen, existenzsichernden und ökologischen Kriterien, statt mit der Gießkanne zu arbeiten), die aber von der CSU-Mehrheit abgelehnt wurde.

Wie setzen sich nun die 6,2 Milliarden Mark zusammen? Es sind

- 1,7 Milliarden Mark aus der Vorsteuer (schon jetzt vorhanden, sogar in der Höhe von 2,8 Milliarden; trotzdem ist der Betrag noch nicht gesichert);
- 1,5 Milliarden Mark für Sozialkosten (derzeit 1,1 Milliarden; das Plus von 400 Millionen muß erst noch durchgesetzt werden);
- 1,0 Milliarden Mark für Ausgleichszulagen (derzeit 600 Millionen; auch hier steht die Genehmigung für die restlichen 400 Millionen aus);
- 2,0 Milliarden für landeskulturelle Leistungen, die zum großen Teil noch nicht einmal in Sicht sind. Davon sollen aufgebracht werden:
  - o 1,2 Milliarden Mark, die durch den Abbau der Vorsteuerpauschale um zwei Prozent freigesetzt werden (Stoltenberg wird sich kaum darauf einlassen);
  - o 600 Millionen Mark von der EG, die aber erst noch beigebracht werden müssen (Viel Glück!);
  - o 100 Millionen Mark von den Kommunen als Erschwernisausgleich (die Kommunen sind der Meinung, daß hier der Freistaat zahlen muß - wir übrigens auch);
  - o 100 Millionen Mark aus dem Haushalt des Freistaates (hierfür gibt es einigermaßen verbindliche Absichtserklärungen von CSU und Staatsregierung).

100 Millionen Mark bleiben also als echte Leistung der Staatsregierung zur Einkommensgarantie für die Landwirtschaft. Das hätten CSU und Staatsregierung bereits dieses Jahr einfacher und besser haben können. Der ganze Prunk, den Strauß um seinen Jahrhundertvertrag macht, bricht zusammen. Ein groß angelegtes Täuschungsmanöver mit einem winzigen harten Kern!

(-/17.8.1987/st/ks)

\* \* \*

